

POLITISCHE ABTEILUNG I
p.B.15.21.R.(14).-BUU/MTR

Bern, 25. Juni 1992

Dossiernote

**Besuch von Botschafter Gluchov,
Chef der Europadirektion im russischen Aussenministerium**

Am 22. Juni weilte der Chef der für Europa sowie für die KSZE zuständigen Direktion des russischen Aussenministeriums, Botschafter Gluchov (G), in Bern, wo er von Staatssekretär Kellenberger zu einem Höflichkeitsbesuch sowie von den Botschaftern Staehelin, Ducrey und Arioli zu separaten Gesprächen empfangen wurde. Die wichtigsten Gesprächspunkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Europäische Architektur

G. unterstrich die - heute oft vergessenen - positiven Aspekte des Zerfalls der bipolaren Ordnung: der Gedanke der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte und der Marktwirtschaft habe sich durchgesetzt, die Gefahr eines "Megakonflikts" zwischen den Blöcken bestehe nicht mehr. Die negative Seite dieser Entwicklung sei nebst den enormen wirtschaftlichen Problemen beim Umbau der alten Planwirtschaften der vielerorts keimende Nationalismus. Dass es im Spannungsfeld "Selbstbestimmungsrecht - Unantastbarkeit der Grenzen" zu nationalistischen Bewegungen käme, sei allerdings nur natürlich. Begegnet werden könne dieser Gefahr nur durch ein funktionierendes System der internationalen Zusammenarbeit und durch die grösstmögliche Zurückhaltung der direkt Betroffenen. Dass beispielsweise in der Frage der Anerkennung Mazedoniens aufgrund der griechischen Haltung die gesamte EG und mit ihr auch andere Staaten nicht zur längst fälligen Anerkennung übergehe, sei Ausdruck der mangelnden internationalen Handlungsfähigkeit. Im Falle von Bosnien bestehe die ernste Gefahr, dass die islamischen Staaten einen rein muselmanischen Staat und damit einen privilegierten Partner auf dem Balkan schaffen möchten. Im Falle von Kosovo gelte es, der drohenden Explosion durch eine enge Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft vorzubeugen. Kritisch beurteilte G. die - nach russischer Einschätzung - zu energische Haltung Deutschlands und Oesterreichs der Jugoslawienkrise.

Dem Aufruf zur Zurückhaltung und internationalen Anstrengungen gelte es auch innerhalb der GUS zu folgen. Wohl seien alle Republiksgrenzen willkürlich und ohne Rücksicht auf historische und ethnische Begebenheiten gezogen worden, doch sei es dennoch höchst gefährlich, diese Grenzen in Frage zu stellen. Jelzin habe sich klar gegen die Erhebung von Territorialansprüchen ausgesprochen. Allerdings mache sich heute im Parlament die Opposition mit teilweise gefährlichen Forderungen (z.B. nach der Krim) bemerkbar.

Eine Schlüsselstellung nähmen bei allen Konflikten in der GUS die **Streitkräfte** der ehemaligen UdSSR ein. Noch vor kurzem Bestandteil einer Grossmacht bildeten die zurückgebliebenen Armeen eigentliche Inseln in unabhängigen Staaten und seien öfters Ziel von Uebergriffen, wie etwa jüngst in Südossetien oder Moldawien. Wenn z.B. die in Transnistrien stationierte 14. Armee angegriffen werde, könne sie beim besten Willen nicht unbeteteiligt dastehen.



Das gleiche gelte, wenn auch weniger brisant, für die im Baltikum stationierten Truppen. Dem - politisch längst zugesicherten - raschen Abzug stünden die bekannten sozialen und strategischen Probleme entgegen. Es brauche Zeit, bis die auf baltischem Gebiet stehenden Alarmsysteme anderswo aufgebaut werden könnten. G. würde es als sinnvoll erachten, wenn der Westen Hilfe bei der Umschulung der Soldaten auf zivile Berufe leisten würde.

KSZE

G. dankte für die konstruktive Zusammenarbeit der Schweiz in der KSZE. Er teilte die schweizerische Haltung, dass die Minderheitenproblematik unter dem Gesichtswinkel der Menschenrechte behandelt werden müsse. Damit die KSZE den neuen Anforderungen gerecht werden könne, sei es unabdingbar, dass sie nicht nur Empfehlungen abgeben, sondern **Entscheide** treffen könne.

Russland sei entschieden gegen eine Suspendierung Serbiens; ein solches Vorgehen entspreche nicht dem Geist der KSZE und sei kontraproduktiv.

Europarat

Russland anerkenne, dass der **Europarat** sehr hohe Anforderungen an seine Mitglieder stellt und würde alles daran setzen, diesen so bald als möglich zu genügen. Bei der Implementierung der verlangten Normen sei Russland auf die aktive Mithilfe des Westens angewiesen und bereit, sich z.B. den Entscheiden des Menschenrechtsgerichtshofes zu unterwerfen. Was gestern noch als inakzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten verworfen worden sei, würde Russland heute als willkommene Hilfe verstehen.

Rechtsnachfolge (s. auch separate Notiz an die Völkerrechtsdirektion bezügl. der bilateralen Verträge)

Die Staaten der GUS hätten anerkannt, dass Russland nicht nur die Nachfolge, sondern die Fortsetzung der UdSSR angetreten habe. Gegen die Einsitznahme im UNO-Sicherheitsrat und in andern internationalen Organisationen seien keine Einwände erhoben worden. Daneben seien aber alle andern Republiken ebenfalls Rechtsnachfolgerinnen mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten. Bezüglich der diplomatischen Vertretungen im Ausland habe man sich darauf geeinigt, dass einstweilen den Vertretern anderer Republiken Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt würden. In verschiedenen Hauptstädten sei dies bereits geschehen. Schwierigkeiten mache nur die Ukraine, die auf der Herausgabe ihres rechnerischen Anteils am Vermögen bestehe.

Villa Rose (ehemalige lettische Mission in Genf)

Zum Fall der Villa Rose mochte sich G. nicht verbindlich äussern. SIN hielt dazu folgendes fest:

1. Aufgrund ihres Treuhandmandates trägt die Schweiz in dieser Angelegenheit - zumindest moralisch - eine gewisse Verantwortung. Der Bundesrat hat deshalb das EDA beauftragt, in dieser Sache aktiv zu werden.

2. Als Eigentümerin ist im Grundbuch nach wie vor Lettland eingetragen.
3. Da eine Rückgabe an Lettland als nicht praktikabel erscheint, wird eine Entschädigungslösung angestrebt.
4. Die Schweiz ist bereit, noch vor oder während der Sommerferien Experten nach Moskau zu entsenden, um diese Frage zu regeln.

Im Nachtrag zu den offiziellen Gesprächen stellte SIN klar, dass bei den Verhandlungen festgestellt werden müsse, wer die Letten zu entschädigen habe und dass diese Angelegenheit wenn immer möglich noch vor den weiteren Schritten zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen erledigt werden sollte. G. stellte seinerseits in Aussicht, dass Russland seine Verantwortung wahrnehmen würde. Die russische Seite wird einen baldigen Gesprächstermin vorschlagen.

Erneuerung der Absichtserklärung

Die russische Seite unterbreitete ein Projekt einer neuen bilateralen Absichtserklärung, die sich an das Modell der mit der UdSSR unterzeichneten Erklärung anlehnt und in verschiedenen Punkten präzisiert. SIN bekundete das schweizerische Interesse an diesem Entwurf und schlug vor, diesen im Herbst im Detail auszuhandeln. Es wäre wünschbar, wenn sich der russische Aussenminister zur Unterzeichnung der Erklärung im November oder Dezember dieses Jahres in die Schweiz begeben könnte.

Politische Abteilung I

Jenö C.A. Staehelin

Kopie:- SIN, WOK, API, MER, ORC, PR, NB, BUU
 - PA II
 - Pol. Sekr.
 - BAWI, Botschafter Arioli
 - EMD, GGST
 - Schweizerische Botschaft Moskau

CK 29. Juni 92 10